

um 6 Uhr früh in der
eigenen Druckerei. Redaktion
befindet sich Střešovická 24
(Sprechstunden von 5 bis 6
Uhr p. m.), die Verwaltung
Černýšov 1 (Postrechteck
Linz 30, Attempo).

Fernsprecher Nr. 58.
Verlag der Druckerei des
"Polar Tagblatt"
(Dr. M. Kumpo & Co.).

Herausgeber:
Redakteur Hugo Duket.
Für die Redaktion und
Druckerei verantwortlich:
Hans Lorbeck.

Polarer Tagblatt

14. Jahrgang.

Pola, Dienstag, 15. Jänner 1918.

Mr. 4111.

Unterbrechung der Friedensverhandlungen.

Die Friedensverhandlungen.

Wien, 14. Jänner. (P.B.) Das k. k. Tel.-Rort. Bureau meldet aus Brest-Litowsk vom 13. d.: Am 11. d. konstituierte sich die deutsch-österreichisch-ungarische russische Kommission zur Verhandlung der territorialen Fragen und hielt am 11. und 12. d. drei lange Sitzungen ab. Zunächst wurde einvernehmlich festgestellt, daß in dem abzuschließenden Friedensvertrag an erster Stelle die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den kriegsführenden Parteien ausgesprochen werden soll. Dagegen lehnte Trotski anschließend hieran ab, auszusprechen, daß die vertragsschließenden Teile entfloßen seien, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben. Trotski findet, daß dies doch eine dekorative Phrase sei. Er hoffe, daß ganz andere Dinge die Beziehungen zwischen den Völkern beeinflussen werden. Nach einer Diskussion über diesen Punkt wurde beschlossen, auf den Gegenstand später zurückzukommen. Weiters wurde festgestellt, daß ein Einvernehmen darüber herrscht, die Räumung der von beiden kriegsführenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen Gewaltfreiheit zu stellen, darunter, daß die Räumung der besetzten russischen Gebiete an die Räumung der von Russland besetzten Gebiete im Österreich-Ungarn, in der Tschechien und in Persien geknüpft werde. Später wurde Persien aus diesem Zusammenhang gestrichen, da es nicht ein kriegsführender Teil sei, und da die russische Delegation erklärte, sie habe die Verpflichtung zur Räumung der besetzten persischen Gebiete gegenüber der Regierung Persiens übernommen. Der Vorsitzende begrüßt diese Erklärung, um so mehr, als auf Seite der Zentralmächte für das alte Kulturmolk der Perser die allerfeinsten Sympathien bestehen und sie nichts mehr wünschen, als daß die Perser in Zukunft frei ihre nationale Kultur pflegen. Bezuglich der Frage, zu welchem Zeitpunkt die Räumung der besetzten Gebiete erfolgen soll, ging der deutsche Vorschlag dahin, sie an die erfolgte Demobilisierung der russischen Streitkräfte zu binden, weil die Gefahr vorliege, daß Russland vor der Demobilisierung infolge Veränderungen im System und seiner Absichten jederzeit in der Lage wäre, wieder offensive Operationen durchzuführen. Hierauf erklärte Trotski, er halte den vollen Umfang der Erklärungen aufrecht, daß die Völkerstaaten des russischen Gebietes ohne äußeren Einfluß das Recht der Selbstbestimmung bis zur Feststellung von Russland haben. Es könne jedoch die Anwendung dieses Punktes nur gegenüber jenen Völkern selbst, nicht aber gegenüber gewissen privilegierten Teilen derselben anerkannt werden. Er missle die Auffassung des Vorsitzenden der deutschen Delegation ablehnen, daß sich der Willen in den besetzten Gebieten durch tatsächlich bevollmächtigte Organe geführt habe. Sodann entwickelte sich eine lange Debatte über die Frage, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Zeitpunkt ein neuer Staat im Wege der Absonderung eines Teiles von einem existierenden Staat entsteht. Staatssekretär v. Kühnemann sah den Standpunkt der Mittelmächte dahin zusammen, daß eine staatliche Peripherie entsteht und in der Lage ist, rechtsverbindliche Erklärungen über die Grundlagen ihres Daseins abzugeben, sobald irgend ein von der breiten Menge oder durch historisches Erkennen zur Vertretung oder als Sprachrohr dieses Volkes geeigneter Vertretungskörper als Ausdruck des unzweifelhaften Willens der überlegenden Mehrheit den Entschluß kundgibt, ein selbständiges Volk zu sein und sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Wir behaupten, daß in Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes

in einem Teile der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker de facto bevollmächtigten Völkerstaaten ihr Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Absonderung von Russland direkt ausüben haben, doch nach unserer Auffassung diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reich in seinem ehemaligen Umfang gehörig, betrachtet werden können. In der anschließenden Debatte über den Charakter und die Bedeutung der in den besetzten Gebieten und ihrer Volksvertretungsorgane wiesen Staatssekretär von Kühnemann und Minister des Äußern Graf Czernin darauf hin, daß bei der russischen Delegation während der Verhandlungen im Dezember die Neigung vorhanden gewesen sei, die in den besetzten Gebieten bisherigen Volksvertretungen als de-facto-Vertretungen anzuerkennen und zu präsumieren, daß ihre Beschlüsse den Willen der betreffenden Völker zum Ausdruck bringen. Man habe sich damals dahin verstanden, durch eine solche provisorische Lösung den gemeinsamen Zielen näher zu kommen. Trotski erklärte, daß die Anerkennungen von Landtagen, Städtevertretungen und dergleichen als Ausdrücke des Willens eines bestimmten einflussreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden können, die aber nur Grund zu der Annahme bieten, daß die betreffenden Völker mit der staatlichen Position unzufrieden seien. Hieraus ergab sich die Schlussfolgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, wozu aber die Schaffung eines Organes, die Vorbedingung für die freie Abstimmung der Bevölkerung fehlt müsse. Im weiteren Verlaufe der Besprechungen behauptete Trotski, daß zwischen den Anerkennungen der Zentralmächte vom 25. Dezember 1917 und der Formulierung der Punkte 1 und 2 vom 28. Dezember 1917 ein Widerspruch bestehe. Staatssekretär v. Kühnemann erklärte demgegenüber, daß beide Dokumente Ausflüsse des Geistes und der Politik seien, wie sie der Reichskanzler in der pragmatischen Rede im Reichstage ankündigt habe. Der Staatssekretär stellte sich auf den Standpunkt, daß nach Absonderung strebenden Teile Russlands nach der abgegebenen Willenserklärung durch ihre schon jetzt bestehenden Organe jetzt schon berechtigt seien, Verabredungen zu treffen, die sie für gut und nützlich halten. Sollten sich in diesen Verabredungen Verfügungen hinsichtlich der Vornahme von Grenzkorrekturen finden, so sei es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in dieser Frage nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie in anderen Punkten. Trotski erklärte in dieser Auffassung die Untergrabung der Auffassung der Selbstbestimmung und wies die Frage auf, warum denn die Organe der fraglichen Völkerstaaten dann nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen worden seien. Als eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen werde aber natürlich nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlungen bezeichnet würden. Staatssekretär Dr. v. Kühnemann erwiderte, wenn Trotski zum Ausdruck bringen sollte, daß auch nach seiner Ansicht diese Völkerstaaten nunmehr geschaffen sind, und das Recht der Selbstbestimmung ihrer auswärtigen Beziehungen ausüben können, so sei er bei der tatsächlichen Anerkennung dieser Voraussetzung seitens der russischen Delegation gern bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form die Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nationen an den Verhandlungen in Brest-Litowsk sich ermöglichen ließe. Minister des Äußern Graf Czernin äußerte gleichfalls keine Vereinbarkeit, der Frage der Heranziehung

von Vertretern der besprochenen Gebiete näher zu treten, stieg aber den Wunsch hinzu, zu wissen, in welcher Weise die Auswahl dieser Vertreter getroffen werden sollte, wenn die russischen Völker nicht berechtigt angesehen würden, in Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen. Trotski beantragte hierauf mit Rücksicht auf die außerordentlich wichtigen Erklärungen der Vertreter der Mittelmächte, die Sitzung zu vertagen, damit die russische Delegation sich hierüber mit ihrer Regierung beraten und ins Einvernehmen setzen könne.

In der Sitzung vom 12. d. ersuchte Staatssekretär v. Kühnemann die russische Delegation, die Frage, ob ihrer Ansicht nach die an der Westgrenze des ehemaligen russischen Reiches sich konstituierenden neuen Staaten sich an den Friedensverhandlungen bereits beteiligen können, in einer jeden ausschließenden Weise zu beantworten. Der russische Delegierte Ramenew schlug hierauf vor, daß beide Seiten die in einer schriftlichen Zusammensetzung während der Diskussion entwickelte Auffassung darlegen sollten. Die russische Delegation stellte fest, daß während der Okkupation nirgends, weder in Polen, noch in Litauen, noch in Kurland irgend welche demokratisch gewählte Organe gebildet werden konnten und existieren, die mit irgend welchem Rechte darauf Anspruch erheben könnten, als Ausdruck des Willens der breiten Kreise der Bevölkerung zu gelten. Was das Wesen der Erklärung über das Streben zur vollen staatlichen Unabhängigkeit betrifft, erklärt der russische Delegierte: I. Aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereich des früheren russischen Kaiserreiches zieht die russische Regierung keine Schlüsse, die eine staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik aufzuerlegen würden. Die neuen Grenzen des bürgerlichen Bundes der Völker der russischen Republik und der Völker, die außerhalb ihres Rahmens bleibend wolle, müssen durch einen freien Entschluß der entsprechenden Völker gebildet werden. II. Deswegen besteht für die russische Regierung die Grundaufgabe, seit je geschilderten Verhandlungen in einer Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung der inneren Staatseinrichtung und der internationalen Lage der genannten Gebiete. III. Die ja verstandene Aufgabe sei: eine vorläufige Verständigung Deutschlands und Österreich-Ungarns einerseits und Russlands andererseits über die vier Hauptpunkte davor, namentlich: 1. bezüglich des Umganges des Territoriums, dessen Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht auszuüben haben wird; 2. bezüglich der allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter welchen die Lösgung der Frage von dem staatlichen Geschlecht vollzogen werden soll; und 3. bezüglich des Übergangsregimes bis zur endgültigen staatlichen Konstitutionierung dieser Gebiete, ferner 4. bezüglich der Art und Form, in der die Bevölkerung ihren Willen kundgeben wird. Die russische Delegation schlägt eine vorläufige Lösung dieser Fragen vor: Ad 1. Das Selbstbestimmungsrecht steht den Nationen und nicht ihren Teilen, die okkupiert worden sind, zu, wie der Paragraph 2 des deutschen Vorschages vom 28. Dezember 1917 vor sieht. Dementsprechend gibt die russische Regierung das Recht der gleichzeitigen Selbstbestimmung auch den Teilen der genannten Nationen, die außerhalb der besetzten Zonen leben. Russland verspricht sich, diese Gebiete weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder einer anderen Staatsform zu nötigen und ihre Selbstständigkeit durch keine Zoll- oder Militärikonvention zu beengen. Die Regierungen Deutschlands und Österreich-

seitens Englands beständiger Spannung bestrebt, von England gegen die deutsche Kriegsführung zu profitieren. Die Erklärung des Deutschen Reiches über Selbstbestimmungsrecht ist eine Spaltung des früheren deutschen Staates, die jetzt von dem zweiten Deutschen Kaiser und seinem Sohn, dem Prinzen Heinrich, bestätigt wird. Der Prinz hat sich auf den zweiten Deutschen Kaiser und seinen Sohn als einen Schiedsrichter zwischen den beiden deutschen Kaisern gestellt und will die Entscheidung darüber abwarten, ob der Prinz oder sein Vater mehr Rechte am Deutschen Kaiser und dem Kaiserreich besitzt. Der Prinz hat sich auf die Entscheidung des Kaisers konzentriert und will die Entscheidung darüber abwarten, ob der Prinz oder sein Vater mehr Rechte am Deutschen Kaiser und dem Kaiserreich besitzt. Der Prinz hat sich auf die Entscheidung des Kaisers konzentriert und will die Entscheidung darüber abwarten, ob der Prinz oder sein Vater mehr Rechte am Deutschen Kaiser und dem Kaiserreich besitzt.

General Hoffmann führte hieran folgendes aus: Ich kann mich nicht gegen den von dieser Delegation präsentierten. Die russische Delegation spricht mit mir, als ob sie Angestellte im eigenen Lande sind und uns ihre Beauftragten dienen könnten. Ich möchte Ihnen hinweisen, daß die Russen entgegengesetzt sind. Das französische Heer steht in Ihrem Gebiete. Ich möchte Ihnen feststellen, daß die russische Delegation für die befreiten Städte die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in der Weise und in einem Umfang fordert, wie Ihre Regierung es nicht anwenden kann. Ihre Regierung ist bestrebt lediglich auf die Macht, die rückwärtig mit Gewalt jedes Widerstandes unterdrückt. Über Widerstande wird einfach als Gegenrevolution, als Revolution und so weiter erklärt. Ich will diese Aussicht nur an zwei Beispiele erläutern. In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember 1917 wurde der erste russische Kongress in Moskau, der das Selbstbestimmungsrecht des russischen Volkes geltend machen wollte, von den Maximiliani durch Brüder und Maximiliani ausgetragen. Als die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machen, stellte die Ge-

neralitätspolizei der Ukraine ein Kommando aus und verhinderte die Bekämpfung ihres Volkes mit Waffengewalt nicht. Sie und wir alle sind der Meinung, daß der Friede zwischen den beiden Deutschen Kaiser und dem Kaiserreich bestehen soll. Die deutsche Kriegsleitung will die Unterstützung in die Regierung der Bevölkerungen in den betroffenen Gebieten verteilen. Das ist eben die Sicht des Deutschen Reiches über die Zukunft des Krieges und des Zusammenhangs des Friedens mit dem Kaiserreich.

General Hoffmann führte hieran folgendes aus: Ich kann mich nicht gegen den von dieser Delegation präsentierten. Die russische Delegation spricht mit mir, als ob sie Angestellte im eigenen Lande sind und uns ihre Beauftragten dienen könnten. Ich möchte Ihnen hinweisen, daß die Russen entgegengesetzt sind. Das französische Heer steht in Ihrem Gebiete. Ich möchte Ihnen feststellen, daß die russische Delegation für die befreiten Städte die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in der Weise und in einem Umfang fordert, wie Ihre Regierung es nicht anwenden kann. Ihre Regierung ist bestrebt lediglich auf die Macht, die rückwärtig mit Gewalt jedes Widerstandes unterdrückt. Über Widerstande wird einfach als Gegenrevolution, als Revolution und so weiter erklärt. Ich will diese Aussicht nur an zwei Beispiele erläutern. In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember 1917 wurde der erste russische Kongress in Moskau, der das Selbstbestimmungsrecht des russischen Volkes geltend machen wollte, von den Maximiliani durch Brüder und Maximiliani ausgetragen. Als die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machen, stellte die Ge-

neralitätspolizei der Ukraine ein Kommando aus und verhinderte die Bekämpfung ihres Volkes mit Waffengewalt nicht. Sie und wir alle sind der Meinung, daß der Friede zwischen den beiden Deutschen Kaiser und dem Kaiserreich bestehen soll. Die deutsche Kriegsleitung will die Unterstützung in die Regierung der Bevölkerungen in den betroffenen Gebieten verteilen. Das ist eben die Sicht des Deutschen Reiches über die Zukunft des Krieges und des Zusammenhangs des Friedens mit dem Kaiserreich.

Die Sitzung wurde kurz unterbrochen.

Unter militärischer Tagesbericht.

Wien, 14. Januar 1918, Generalstab.

Keine Ereignisse von Bedeutung.

Der Chef des Generalstabes.

Bericht des deutschen Hauptquartiers.

Berlin, 14. Januar. (KB. — Wolfsschanze.) Es ist kein Gespräch stattgehabt.

Deutsche Kriegsleitung, Heeresgruppe Kronprinz-Rupprecht: Die Feuerkraft ist bislang nicht erheblich verstärkt. Es einzelnen Abgängen, insbesondere bei der Artillerie, die keinen wesentlichen Verluste aufzuweisen scheint. Am 27. Dezember 1917 brachte die Stabstafel-Kommunikation in Regio eine spezielle Note an das Deutsche Reich aus. Daraufhin habe ich die Abgabe einer Kriegserklärung an die russische Seite der Fronten am 28. Dezember 1917 und 70 Flieger-Bataillone. Schließlich habe ich am 30. Dezember 1917 auch die Verbrennung der Ritterlichkeit, der Kürschnerei, Häublerei und kürzlichen Gründung des Ostal. Regio und Raas von den russischen Besatzungstruppen bis nach dem verwüstungshungrigen Gründen und die deutsche Oberste Heeresleitung die Rückzugskommandos, Stützpunkte, Regios und der Siedlungen des rigiden Kriegswesens ablehnen. Alle diese Besitzungen besaßen keine Verwaltungsbüroden, keine Organe der Reichspolizei und des Reichsjustiz, keine Eisenbahnen, keine Telegraphen und keine Post. Alles dies in den von Deutschland belegten Gebieten in beständigem Betrieb.

Staatssekretär Dr. v. Röhlmann erklärte, daß es nicht möglich ist, auf die hier verfasste schriftliche Erklärung der russischen Delegation irgendwie Stellung zu nehmen. Seine persönliche Ansicht sei, daß der von der russischen Delegation vorgeschlagene Modus procedendi, sich gegenwärtig formulierende Schriftstücke vorzulegen, weder zur Beschleunigung der Verhandlungen beitrage, noch beibringe, wenn die Schriftstücke dem heutigen gebrachten entsprechen sollten, um allergeringsten dazu beitragen würden, die Aussichten der Verhandlungen in einem befundenen rostigen Lichte erscheinen zu lassen. Es wäre zweckmäßig gewesen, in der gestern begonnenen Weise fortzufahren, um nach dem Abschluß der mündlichen Durcharbeitung nötigenfalls das Ergebnis einer mündlichen Durcharbeitung schriftlich zu fixieren. Da aber die russische Delegation sich auf einen anderen Boden stellt, beantragt er, behufs Bearbeitung der Vorschläge unter den Bundesgenossen, die Sitzung aufzuhören.

Daraus erklärte Trotski, es sei durchaus nicht die Absicht der Russen, die Technik der Verhandlungen zu erschweren. Wenn die Gegenpartei sich auf den Standpunkt stelle, daß für die schriftliche Formulierung noch nicht der richtige Zeitpunkt gekommen sei, würde der heutige russische Vorschlag zur Diskussion gestellt werden und die russische Delegation würde sich das Recht vorbehalten, im Laufe der weiteren Verhandlungen zu ihrer Deklaration zurückzukehren, ohne der Gegenpartei eine

Mazedonische Front: Zu beiden Seiten des Prespasees, im Ternabogen und im Warbartale war das Artillerierevier sehr lebhaft. Südwestlich vom Dorfstrand und im unteren Strumatal wurden mehrere Erkundungsabteilungen vertrieben. In der Gegend von Moglena und südlich von Belasica lebhaft Fliegertätigkeit.

Dobrudschafront: Waffenstillstand.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 13. Januar. (KB. — ADM.) Das Hauptquartier teilt mit:

Keine besonderen Ereignisse.

Sozialdemokratische Versammlungen in Wien.

Wien, 14. Januar. (KB.) Gestern lunden in Wien fünf stark bedeute sozialdemokratische Versammlungen statt, worin eine gleichlautende Resolution zu-

"Immerhin —" Professor Schwarzkopf schüttelte missbilligend den Kopf — „es war ein großes Versehen von ihm, daß er Ihren Namen nicht in mein Buch eintrug. Ich begreife das nicht recht; er ist sonst so gewissenhaft. Was die Sache mal genauer untersuchen ... Vor allem: wie hat er sich geäußert?"

Wieder überfiel Beatrice eine gewisse Unruhe. Was sagen?

„Wollen Sie sich nicht einmal selbst überzeugen, Professor?" mischte sich jetzt Hans-Leopold in das Gespräch.

„Gern, lieber Dozent. Sie haben früher viel gehört, wie mir Ihr Verlobter mitteilte, mein Fräulein?"

„Ja," erwiderte Beatrice hastig und zöpfte, wie sie bei der ersten Naivität dem berühmten Arzt gegenüber war.

„Sie sollen schon als Kind eine außärend schöne Stimme gehabt haben?"

„Ich glaube wohl. Wenigstens lagte es mein Vater."

Die zweite Unwahrheit ging schon leichter. „Und Ihre Stimme ist jetzt ganz weg?"

„Leider. Ich kann keinen Ton mehr singen." „Dann müssen Ihre Stimmbänder ernstlich erkrankt sein. Sie scheinen im übrigen nicht zu Erkrankungen zu neigen?"

„Nicht, daß ich wüßte."

„Auch nicht zu Halskatarrchen?"

„Nein. Wenigstens nicht im ländlichen Sinne des Wortes. Es scheint sich alles auf die Stimmbänder geworfen zu haben."

(Fortsetzung folgt.)

Die Doppelgängerin.

Roman von Erich Tietz.

(Nachdruck verboten.)

Und so wäre alles — wenigstens vorläufig — in schönster Ordnung gewesen, wenn nicht Beatrice ab und zu durch kleine Unzulänglichkeiten an die Gefahr wäre erinnert worden, in der sie je jeder Stunde zwölfe.

So auch jetzt wieder mit diesem verächtlichen Professor Schwarzkopf, dem Hans Leopold unglücklicherweise persönlich kannte.

Doch sie auch gerade auf ihn verfallen muhte, anstatt irgend einen unbekannten Namen zu nennen, bei dem jedes Nachfragen unmöglich war!

Beatrice hätte sich selbst ohngelegen mögen für diese Unzulänglichkeit; aber es war nur einmal geschehen und nicht mehr zu ändern. Doch nahm sie sich vor, künftig, hin mehr auf ihrer Hut zu sein.

Beim Besorgnis sah sie dem Tage entgegen, da Hans-Leopold mit Professor Schwarzkopf über sie sprechen würde.

Und als es eines abends zu seiner Braut herüber kam, um ihr voll Erinnerung mitzutun, daß der berühmte Spezialist sich ihres Besuches bei ihm gar nicht erinnerte — da gab ihr Herz wieder einmal einen heiligen Schlag, wie jetzt stets, wenn sie auf einer Unzulänglichkeit ergriffen wurde.

„Ich bin sehr unzufrieden um deineinwollen," betonte er erregt. „Morgen nachmittags gehen wir zusammen zu dir. Ich muß Gewißheit haben!"

Zuerst schriebe Beatrice sich noch ein wenig. Schließlich willigte sie ein. Wie sie sich aus der ihr überaus

unbehaglichen Affäre herausziehen sollte, war ihr noch völlig unklar.

Das Wartezimmer des berühmten Arztes war gestopft voll. Sie mußten lange warten. Und Beatrice versuchte, ihre heiße Erregung zu verborgen, indem sie unneurliche Heiterkeit markierte.

Als sie endlich, nach über einer Stunde, ins Sprechzimmer eingelassen wurden, sah sie sich einem älteren Herrn von vornehmem Aussehen gegenüber, der hinter seinen Brillengläsern hervor aus scharzen Augen einen forschenden Blick auf die neue Patientin warf, die ihm von Hans-Leopold vorgezeigt wurde.

Beatrice kam auf gut Glück jeder heiklen Frage zuvor. „Sie sind Professor Schwarzkopf?" rief sie im Tone höchsten Staunens.

„Allerdings, mein Fräulein."

„Dann freilich — ich sehe Sie heute zum erstenmal. Realisch war doch ein anderer Herr —"

„Sie kostete, weil Sie nicht wußte, was weiter lagen. Doch der Arzt sich Sie unverdacht aus ihrer grenzenlosen Verlegenheit.

„Ein kleiner, schlanker Mann mit hellblondem Schnurrbart, wie?"

„Ganz recht!" bekräftigte sie eifrig.

„Vorigen Donnerstag, nicht wahr?"

„Ja. Vorigen Donnerstag."

„Aha! Sieht klar! Sieht alles auf, mein lieber Dozent!"

wandte sich der Professor mit isoliertem Lachen zu Hans-Leopold. „Ich hatte nämlich am Donnerstag eine Sitzung.

Nahm mir für diesen Tag einen Verleiter. Ihm konfilierten Sie, anstatt meiner, Fräulein v. Rankow."

„Wie wirklicht?" machte Beatrice, von Herzen froh, daß sie in der glücklich durchkam.

gung eines Verständigungsvertrags und gegen die hervorbrechenden Befreiungen zugunsten eines Sieges angenommen wurde. Eine Verlängerung wurde infolge eines Unschlüssiges aufgelöst, nachdem die Resolution angenommen wurde. Die übrigen Versammlungen verließen ohne Unschlüssiges.

Hertling und Hindenburg beim Kaiser.

Berlin, 13. Jänner. (AB) Kaiser Wilhelm nahm heute den Vortrag des Reichskanzlers Grafen Hertling und des Feldmarschalls v. Hindenburg entgegen.

Anerkennung Finnlands durch Österreich-Ungarn.

Wien, 14. Jänner. (AB) Gestern ist eine finnischsprachige Abordnung im Ministerium des Neuherrn erschienen und in Vertretung des Ministers des Neuherrn vom Sekretär des Freiherrn v. Flotow empfangen worden. Auf Grund einer Erklärung Seiner Majestät und im Auftrage des Ministers des Neuherrn nahm Freiherr v. Flotow von der von den Vertretern der finnischsprachigen Regierung überbrachten Notifikation der Unabhängigkeit Finlands Absicht und sprach, dem Exzess der Deputierten willfahrend, nunmehr der österreichisch-ungarischen Monarchie die Anerkennung der Selbständigkeit der finnischsprachigen Republik aus.

Amerika.

Haag, 13. Jänner. (AB) Der "Neue Courant" veröffentlicht ein Privattelegramm aus London, demzufolge die "Morningpost" aus Washington erfasst, die Botschaft Wilsons mache in gewissen amerikanischen Kreisen den Eindruck, daß der Friede binnen einiger Monate kommen werde. Nach dem New Yorker "Sun" herrscht in Finanzkreisen dieselbe Meinung.

Uland, Finnland und Schweden.

Die "Neue Zürcher Zeitung" erhält von ihrem skandinavischen Korrespondenten:

Der Zeitpunkt naht, da Schweden vor eine bedeutungsvolle Entscheidung gestellt wird. Es soll über das Schicksal Ulands beschlossen werden. Seit die Inselgruppe (vor etwas mehr als hundert Jahren) Schweden mit Gewalt entzogen wurde, war sie infolge ihrer geographischen Lage eine ständige Bedrohung gegen das Herz Schwedens. Die Uebereinkommen um die Mitte des 19. Jahrhunderts befestigten eingemessene Gefahr; die Ereignisse während des Weltkrieges haben indessen wiederum die vitale Bedeutung der Insel für Schweden verstiegen.

Unter solchen Umständen ist es natürlich, daß Pläne und Vorschläge auf die Tagesordnung kommen, die auf einen Anschluß der Ulandsguppe an das alte Mutterland hinstellen. Dieser Gedanke hat seine ältesten Anhänger in der Bevölkerung der Insel, die durchaus schwedisch ist und schwedisch fühlt. Dagegen steht nur in Finnland, speziell unter den schwedischsprachenden Finnen, nichts von einer derartigen Veränderung des eigenen Landes hören. Deshalb gibt es auch auf der anderen Seite des Bottnischen Meeres solche, die die gefährliche Lage Schwedens einschauen und deshalb die Abtretung Ulands als ein, wenn auch schmerhaftes, jedoch berechtigtes Opfer an die frühere Mutterland betrachten. Wenn es so weit kommt, kann dies natürlich nicht unter anderen Bedingungen geschehen als gegen eine entsprechende Abtretung schwedischen Landes von schwedischer Seite. Die Finnen verlangen in ihren Blättern die Abtretung eines kleinen Gebietes an Finnland bei Tornio Els, das hauptsächlich von ihnen bewohnt ist. Andersfalls sind von schwedischer, sowie von finnischer Seite Stimmen laut geworden, die eine andere Lösung vorziehen, nämlich, daß man durch Verhandlungen Russland zu bewegen versuche, das hauptsächlich von Finnland bewohnte russische Karelien und die Kolaibinsel dem finnischen Staat als Kompensation abzutreten. Hierfür würde Schweden Russland ökonomische Gewinnung in geheimer Form geben. So würde die nationale Ehre Schwedens unverletzt bleiben.

Es mag im allgemeinen bekannt sein, daß das Gebiet des finnischen Stammes keineswegs mit dem finnischen Staat zusammenfällt. Abgesehen von dem finnischsprachigen Landstreifen auf der schwedischen Seite des Tornio Els, gibt es ein recht ausgedehntes finnischsprachiges Gebiet auf der anderen Seite der Grenze, zwischen Finnland und Russland. Dieses Gebiet umfaßt russische Karelien. Nördlich davon liegt die große Kolaibinsel mit ihrer aus finnischen Lappen bestehenden Bevölkerung mit reichen Fischfang an der Meerestküste. In administrativer Hinsicht fällt dieses Gebiet ungestrichen mit dem Kreis Kem des Gouvernements Archangelsk und im Norden mit Pogosten des Gouvernements Oleneg zusammen. Von altersher wird als natürliche Grenze des finnischen Landes im Osten und Südosten eine Linie bezeichnet, die vom Weißen Meer, dem Bergel bis zum gleichnamigen See geht und weiter durch die Segssee bis zur großen See Onega führt; von dort folgt die Grenze dem Fluss Sule nach Ladoga und durch die Neva, durch Petersburg zum finnischen Meerbusen. Von altersher hatte man auch ein Finnland mit dieser Grenze im Auge. Dieses Gebiet zwis-

chen dem Bottnischen und dem Finnischen Meerbusen bildet eine geologische Einheit und war die Heimat für die zaristischen und karelischen Zweige des finnischen Stammes. Von der Zeit sind über Russen in die Grenzgegenden gezogen, und der Raum von der Wiedervereinigung dieser Gebiete mit Finnland wird wohl für immer aufgegeben werden müssen.

Anders verhält es sich aber mit dem obengenannten nördlichen Teil des Gebietes; dort ist die Bevölkerung noch heutzutage so finnisch wie im eigentlichen Finnland. Ein ansehnlicher Teil der Bevölkerung stammt von Finnländern, die seinerzeit unter schwedischer Herrschaft lebten, aber während der ständigen Kriege in der Vergangenheit über die russische Grenze flüchteten. Für eine Wiedervereinigung dieser Gebiete mit dem finnischen Mutterlande mag jetzt der richtige Augenblick gekommen sein. Die Volkszählung haben ausdrücklich und ohne Vorbehalt bekanntgegeben, daß sie die Selbständigkeitserklärung jeder Nationalität innerhalb der Grenze des heutigen Zarenreichs anzuerkennen werden, und sie werden wohl auch nicht die russischen Finnen eine Ausnahme machen. Diese Finnen sind in historischer Hinsicht seit Jahrhunderten mit dem russischen Mutterland vereint gewesen, aber die entfernten Landesgegenden sind in hohem Grade vernachlässigt worden. Ihr Los würde durch einen Anschluß an eine westländische Staatengemeinschaft bedeutend verbessert werden. Sozi oder niemals ist der Augenblick, da die nationale Sammlung des finnischen Stammes im Osten stattfinden kann. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Finnland höchst einen mehrjährigen Erfolg für den Verlust des in geographischer und wirtschaftlicher Hinsicht wenig bedeutungsvollen Alands gewinnen würde.

Verschiedene Nachrichten.

Die deutsche Waffenstillstandskommission in Dünaburg. Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission in Dünaburg überschritten am 25. Dezember 1917 die russischen Stellungen auf der Chaussee Kowno—Dünaburg. Sie wurden hier von Vertretern der russischen Militär- und Zivilbehörden empfangen und führten mit Autos nach Dünaburg weiter, wo Wohn- und Arbeitsräume in einem Privathaus bereitgestellt waren. Die Waffenstillstandskommission Dünaburg ist in ihrem Bereich, das heißt von der Ostsee bis zur Oste, auf Grund des Punktes 7 des Vertrages in erster Linie für die Bearbeitung aller sich aus dem Vertrage ergebenden militärischen Fragen zuständig. So dient zum Beispiel die erstmals am 28. Dezember zusammengetretene Kommission bereits über die Festlegung der durch Punkt 4 des Vertrages vorgesehenen Verkehrsstellen an der Front. Aber auch Fragen aus dem Gebiet des Post- und Eisenbahnverkehrs bildeten bereits Gegenstand der Erörterungen. Aufgrund von Vorberichtigungen der deutschen Kommission mit Vertretern der russischen Eisenbahnbehörden konnten bereits auf deutscher Seite östliche Konferenzen von Offizieren und Eisenbahnsachverständigen beider Staaten zwecks beschleunigter Wiederherstellung und Inbetriebnahme der Strecke Wilna—Dünaburg stattfinden. Wie wir hören, werden die Verhandlungen beiderseits in entgegengesetzter Weise geführt. Die russischen Behörden in Dünaburg sind erstaunt betroffen, die deutschen Teilgruppen in Dünaburg vergessen zu machen, daß sie sich im Feindeland befinden. Vorsitzender des deutschen Teiles der Kommission ist Generalmajor Weidner, des russischen Teiles Herr Spilisnev. Die Kommission verfügt zur Verbindung mit der Heimat über einen eigenen Fernschreiber, sowie über regelmäßigen Kurierdienst durch die Front.

Einer russischer Unterhändler über die Friedensausführungen. Oberst Fode, einer der russischen Friedensunterhändler in Brest-Litowsk, sagte, wie der Stockholmer Korrespondent des "Neuen Rotterdamschen Courants" vom 31. Dezember mitteilte, während seines Aufenthaltes in Petersburg, die Mitglieder der Delegation gingen nicht nur als Unterhändler, sondern auch als Kaufleute nach Brest. Denn einige Bedingungen, die sie stellen sollten, zum Beispiel der Rückzug der Insel Ostsee durch Deutschland, waren darunter, daß ihre Ansprüche für ausgeschlossen gelten müßten. Trotzdem stellten wir sie, indem wir davon ausgingen, daß man viel fordern müsse, um etwas zu erreichen. Die Form der Verhandlungen mit den Vertretern des Bündnisses und der Abschluß des Waffenstillstandes geben uns die Überzeugung, daß Deutschland sicherlich mit uns einen ehrenvollen Frieden schließen will, wie sehr die russische Presse auch die Verhandlungen und den Waffenstillstand kritisieren möge."

Gesogene Nachrichten. Ein Londoner Telegramm der "Gazette de la Paix" vom 8. Jänner zitiert einen Funkspurk der russischen Regierung, wonach aufgegeben werden Waffenstillstandsbedingungen die deutschen Mannschaften bis zu 35 Jahren für den Westen herausgezogen würden. Die Russen hätten die Übergabe nach der Westfront für Hinrichtung erklärt. 25.000 deutsche Soldaten in der Gegend östlich Kowno hätten sich verzehrt und gemerkt. Diese Nachricht, deren Sinnlosigkeit durch das Märchen von den 25.000 Meuterern charakterisiert wird, ist in jedem Punkte exponiert. Die genaue Inhaltung der vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen durch die Deutschen ist von den Russen mehrfach anerkannt worden.

Vom Tage.

Kundmachung. Die Rikardung ist im Jahre 1900 geborenen Landsturmstädten findet im politischen Bezirk Pöla am 16., 18. und 19. Jänner i. J. statt. Bei der Mustering haben die in der Einberufungskundmachung „B.“, dd. Pöla, 2. Jänner 1918, sub 3. 1 und 2, angeführten Personen nicht zu erscheinen. Die Landsturmstädte haben vor der Musteringskommission in der nächsten Reihenfolge zu erscheinen: 1. In Rovigno am 16. Jänner die in den Ortsgemeinden Cazanaro und Pöla wohnhaften Landsturmstädte. 2. In Pöla im Gebäude der Musikschule, Karlsbergasse 23, a) am 16. d. M. die in der Ortsgemeinde Pöla wohnhaften Landsturmstädte, b) am 19. d. M. alle in den Ortsgemeinden Barbana, Dignano und Sanvincenzo wohnhaften Landsturmstädte. Beginn der Amtshandlungen um 8 Uhr früh. Die Musteringstädte und Gemeindvorsteher sind berechtigt, den Güterzug Nr. 395 auf der Eisenbahnstrecke Cazanaro—Pöla zu benützen. Dieser hält am 19. d. M. in allen Bahnhöfen und Haltestellen an. Ankunft in Pöla um 8 Uhr früh. Alle Landsturmstädte müssen pünktlich um die angegebene Stunde erscheinen, ohne eine spezielle Vorladung abzuwarten. Dieselben haben das Landsturmlegitimationsblatt mitzubringen. Die Nichtbeobachtung dieses Auftrages wird im Sinne des Gesetzes vom 28. Juni 1890, RGBl. Nr. 137, bestraft. Der Zeitpunkt der Einrückung wird später bekannt gegeben werden. Alle Landsturmstädte der Geburtsjahrgänge 1899 bis 1867, welche bei den seitlichen Musteringen aus irgend einem Grunde nicht erschienen sind, haben gleichzeitig ihrer Musteringstädte zu entsprechen. Pöla, am 12. Jänner 1918. Der k. k. Festigungskommissär: Hohenbruck m. p.

Eröffnung kroatischer Volksschulen. Das Gemeindeamt stellt mit: Der Landeschulrat hat sich einvernehmlich mit der Landesverwaltungskommission für die Marktgemeinde Bitren mit Erlass vom 12. Dezember 1917, d. J. S. 1905—16, auf Grund des Ergebnisses der am 9. September d. J. in Pöla im Sinne des Paragr. 7 des Gesetzes vom 10. März 1870, LGBl. Nr. 20, abgehaltenen Lokalverhandlung, sowie auf Grund der Bestimmungen des Paragr. 11 des Gesetzes vom 2. Mai 1883, RGBl. Nr. 53, und des Paragr. 4 des Gesetzes vom 5. Juni 1908, LGBl. Nr. 27, bestimmt gefunden, je eine dreiklassige Knaben- und eine dreiklassige Mädchenvolksschule mit kroatischer Unterrichtssprache in Pöla zu errichten. Die begüte Schulsprenge dieser neuen Schulen hat sich auf die ganze Steuergemeinde Pöla mit Ausnahme jener Vororte zu erstrecken, für welche dermalen bereits öffentliche Volksschulen mit kroatischer Unterrichtssprache bestehen. An diesen beiden Schulen ist dem Wunsche der bei der Verhandlung erschienenen gesetzlichen Vertreter der schulpflichtigen Kinder und der Gemeinde Pöla gemäß die deutsche Sprache als Lehrgegenstand einzuführen. Im Sinne des Paragr. 3, Absatz 2, 2c, bzw. 3c des Landesgesetzes vom 5. Juni 1908, LGBl. Nr. 32, wird an der Knabenvolksschule die Stelle eines Lehrers 2. Kategorie, eines Lehrers 3. Kategorie und eines Unterlehrers, an der Mädchenvolksschule die Stelle einer Lehrerin 2. Kategorie, einer Lehrerin 3. Kategorie und einer Unterlehrerin systemisiert. Gegen die Entscheidung steht allen Beteiligten der binnen 60 Tagen vor dem der Zutellung nachfolgenden Tage an gerechnet, unmittelbar beim k. k. Landeschulrat eingetragene Rechts an das k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht in Wien offen. Ein alljährlicher Rekurs hat nur dann ausreichende Wirkung, wenn er binnen 14 Tagen nach Zustellung dieser Entscheidung überreicht wird.

Einstellung des Kohleverkaufes. Infolge Betriebschwierigkeiten wird der Kohleverkauf seitens der Städtischen Werke auf kurze Zeit eingestellt. Der Beginn des Wiederverkaufes wird rechtzeitig verlautbart werden.

Fischverkauf. Im Falle des Einlangens von Fischen werden diese heute nachmittags zum Verkauf gelangen. Bezugsberechtigt sind heute die Lebensmittelkästen von Nr. 4061 an.

Militärische.

Hafenadmiralats-Tagesbefehl Nr. 14.

Garnisonsinspektion: Oberleutnant Röhr.

Zergänzliche Inspektion: Auf S. M. S. "Bellona" Marinestabsarzt d. R. Dr. Brandstetter; in der Marineschule (Spital) Linienschiffssarzt a. D. Dr. Leichtmann.

SINO THEATER „NOVARA“

Heute Dienstag:

Monna Vanna.

Drama in 4 Akten.

Filmänge 1400 Meter.

